

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Arbeitsplatzverluste durch Privatisierung

Der srilankische Gewerkschaftsverband 'Ceylon Federation of Trade Unions' befürchtet massenhafte Arbeitsplatzverluste durch die Privatisierung von 450 staatlichen Teeplantagen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Plantagenarbeiter, Nadesan, erwartet durch die Privatisierung eine Aufteilung und Fragmentierung einzelner Plantagen, was zu einer Reduzierung von Arbeitsplätzen führe. Er sieht die Gefahr, daß dadurch eine erneute Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen Tamilen und Sinhalesen provoziert werden könnte, wenn zunächst und vor allem tamilische Arbeiter ihre Arbeitsplätze verlieren würden.

Wie der Gewerkschaftsführer außerdem mitteilte, seien durch die Privatisierungsmaßnahmen die Löhne im öffentlichen Sektor gefährdet, da diese mit 52 Rupien pro Tag deutlich über denen des privaten Sektors lägen (45-48 Rupien).

Bemängelt wird weiterhin die Lizenzvergabepraxis der mit der Privatisierung betrauten Behörden. Und wenn schon Privatisierung, dann sei eine Lizenzvergabe an indische Unternehmen immer noch besser, als die Übernahme der Plantagen durch multinationale Unternehmen. Bisher jedoch seien ausschließlich letztere in den Genuss der Privatisierungsmaßnahmen gekommen, während indische Unternehmen geradezu diskriminiert würden.

Verbot der LTTE in Indien

Im Mai wurden die 'tamilischen Befreiungstiger' (LTTE) durch das indische Innenministerium zu einer 'ungesetzlichen Organisation' erklärt und damit in Indien verboten. Der Innenminister, S.B. Chavan, begründete diese Entscheidung damit, daß die Ziele der LTTE weit über die Errichtung eines unabhängigen

Tamilenstaates im Nordosten Sri Lankas hinausgingen und damit Indiens Souveränität und nationale Integrität gefährden seien. Nach Informationen, die seinem Ministerium vorlägen, würden indische Jugendliche von der LTTE organisiert, in Jaffna militärisch geschult und dann in Indien eingesetzt, um beispielsweise für die Unabhängigkeit des Bundesstaates Tamil Nadus zu kämpfen. Außerdem werden der LTTE Verbindungen zur 'United Liberation Front of Assam' (ULFA) nachgesagt, für die bereits ein Verbot gilt.

Das Verbot der LTTE soll den Behörden Tamil Nadus die Möglichkeit geben, schärfer gegen die Aktivitäten der 'Tigers' vorzugehen, denen auch verschiedene Terroranschläge, so z.B. der Mord an Rajiv Gandhi, vorgeworfen werden. Durch das Verbot wird jede Unterstützung der LTTE zu einer illegalen Aktivität, wodurch die Bewegungsfreiheit und Handlungsmöglichkeiten der LTTE auf indischem Boden stark eingeschränkt wird.

Regierung entschädigt Opfer von Kakkadicholai

Die Regierung in Colombo hat sich entschlossen, über 5,2 Millionen Rupien an die Opfer des Massakers von Kakkadicholai (Batticaloa Distrikt) zu zahlen. Nach dem jetzt vorliegenden Bericht der von der Regierung eingesetzten Untersuchungskommission sind 189 Familien in drei Dörfern von dem Massaker, das am 12. Juni letzten Jahres stattfand, betroffen. Dabei wurden mindestens 67 Personen von Soldaten getötet. Auf einer Pressekonferenz erklärte Informationsminister Lokubandera, es gebe keinerlei Beweise, durch die irgendwelche Soldaten persönlich als Täter identifiziert werden könnten. Der Bericht empfiehlt daher der Armee eine eigene Untersuchung des Vorfalls durchzuführen und mögliche Verdächtige nach dem Militärgesetz zu belangen. Weiterhin emp-

fiehl die Untersuchungskommission, daß Armeeangehörige zukünftig so ausgebildet und trainiert werden müßten, daß sie in ähnlichen Situationen nicht mehr in nicht-militärische Vorfälle verwickelt werden könnten.

Denn nach Auffassung dieser Kommission ist der Tod von Zivilisten bei diesem Vorfall nicht auf eine militärische Aktion zurückzuführen, sondern auf das zügellose und undisziplinierte Verhalten einiger Soldaten, die durch den Tod zweier Kameraden bei der Explosion einer Mine, die von der LTTE gelegt wurde, provoziert worden seien.

Das Militär hat inzwischen erste Schritte unternommen, den Fall zu untersuchen und 17 Soldaten sowie einen Offizier unter Arrest genommen. Das Militärgerichts- und Untersuchungsverfahren soll in etwa drei Monaten abgeschlossen sein.

Umstrukturierung der Sicherheitskräfte

Entschlossen, die 'tamilischen Befreiungstiger' militärisch zu schlagen, hat die Regierung grundlegende Veränderungen der Kontroll- und Kommandostruktur der Sicherheitskräfte durchgeführt. Um die Regionen im Nordosten wieder unter ihre Kontrolle zu bringen, hat die Regierung das bisherige 'gemeinsame Operationskommando' (Joint Operation Command, JOC) weitgehend entmachtet und alle Kampfeinheiten von Armee und Polizei direkt dem Befehl der drei Oberkommandierenden und dem Polizeichef unterstellt. So soll auf höchster Ebene eine neue gemeinsame Strategie entwickelt werden, um das Vorgehen der einzelnen militärischen Dienste besser zu koordinieren.

(weitere Informationen auf den 'gelben Seiten')